

Eine gemeinsame geostrategische Vision entwickeln

Ein Interview mit Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts

» In allen wichtigen Fragen der Außenpolitik soll der Austausch zwischen Deutschland und Frankreich vertieft werden. Das forderten die Abgeordneten der Assemblée Nationale und des Bundestags in ihrer Resolution zum 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, des „Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit“. Was sind mehr als ein halbes Jahrhundert nach dessen Unterzeichnung heute die Themen in Europa, mit denen sich Deutschland und Frankreich auseinandersetzen sollten? Wie können beide Länder enger zusammenarbeiten? Diese Fragen stellte Audrey Parmentier Prof. Dr. Frank Baasner, dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg.

Der europäische und internationale Rahmen ist heute ganz anders als vor 55 Jahren. Fangen wir mit Europa an. Die beiden Länder wollen Europa reformieren. Jedoch gibt es auf deutscher Seite Bedenken bei den EU-Reformvorschlägen des Präsidenten Macron. Wie sehen diese Bedenken aus?

Die Bedenken gehen aus meiner Wahrnehmung in zwei Richtungen. Da ist zum einen die alte, fast reflexhafte Angst, die europäischen Partner wollten im Endeffekt immer nur das deutsche Geld. Immer wieder wird behauptet, Macron wolle die Schulden vergemeinschaften, obwohl er das ausdrücklich ausgeschlossen hat. Er will gemeinsame Zukunftsinvestitionen, das ist etwas völlig anderes. Und zum anderen vertritt ein großer Teil der deutschen Politiker die Auffassung, man müsse unbedingt eine Spaltung der EU verhindern. Macron setzt hingegen auf ein Europa der zwei Geschwindigkeiten – eine Idee, die nicht neu ist und auch von prominenten deutschen Politikern schon vor Jahren vertreten wurde. Natürlich ist richtig, dass es im Moment viele zentrifugale Kräfte gibt. Denken wir an die Nord-Süd-Spaltung in Haushaltsfragen und an die Ost-West-Spaltung in der Migrationsfrage. Von daher ist es schon legitim, sich um den Zusammenhalt Sorgen zu machen.

Welche Kompromisse sind denkbar, sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite, die erlauben würden, diese Bedenken zu überwinden?

Wie immer wird man nach Kompromissen suchen müssen. Das Problem heute ist meines Erachtens, dass die Probleme wirtschaftlich und politisch zahlreich sind und der Druck auf die EU, selbständig als politischer Akteur in der polyzentrischen Welt aufzutreten, so immens groß ist, dass wir mit kleinen Kompromissen nicht viel weiterkommen. Das sieht auch Macron so. In Deutschland ist man lange Zeit immer nach dem Motto verfahren: Wir sind zwar wirtschaftlich stark, aber aufgrund unserer Geschichte halten wir uns politisch in der internationalen Problematik zurück. Das beginnt sich zu ändern, aber sehr langsam.

In ihrer gemeinsamen Resolution fordern die deutschen und französischen Parlamentarier außerdem „dass ein vertiefter und ständiger Austausch zu allen wichtigen Fragen der Sicherheit, des Aufbaus ei-

nes Europas der Verteidigung (...) stattfinden muss“. Beide Länder wollen mit mehreren milliarden-schweren Rüstungsprojekten enger zusammenrücken. Warum wollen Deutschland und Frankreich in diesem Bereich enger kooperieren, obwohl ihre Interessen sehr unterschiedlich sind?

Die Verteidigung ist ein Schlüsselthema. Bisher war die Aufgabenteilung relativ klar. Die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, die auch Atommächte sind, machen die „große“ Politik und treffen schwierige Entscheidungen, Deutschland hingegen hält sich zurück und steht höchstens logistisch oder als Ausbildungsträger zur Seite. Das geht heute nicht mehr so einfach, weil die USA die vertraglich vereinbarten Anstrengungen im Verteidigungsetat einfordern, und die EU viel stärker sich selbst überlassen als bisher. Die problematische Nachbarschaft mit Russland, die Bekämpfung des islamistischen Terrors und das Verhältnis zum afrikanischen Nachbarkontinent sind große Herausforderungen, die auch militärische Kapazitäten erfordern. Von daher ist es gut, wenn man bei der Entwicklung von militärischen technischen Fähigkeiten zusammenarbeitet, die europäische Säule der NATO stärkt. Deutschland und Frankreich haben z. B. im Mali-Einsatz gezeigt, dass man sich sehr wohl gegenseitig stützen und gemeinsam erfolgreich sein kann, auch wenn die Traditionen unterschiedliche sind. Deshalb scheinen mir die gemeinsamen Entwicklungs- und Forschungsprojekte, aber auch gemeinsame Beschaffung von Waffen, absolut sinnvoll und fast zwingend angesichts der Lage.

Zum Thema Türkei: Sowohl Angela Merkel wie auch Emmanuel Macron haben eine offen kritische Haltung was Erdogans Politik angeht. Dennoch gibt es Unterschiede: Die deutsche Bundesregierung kritisiert die Verstöße gegen Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei sehr viel härter. Sie verschärfte die Reisebestimmungen für die Türkei, ließ die Hermes-Bürgschaften für die Türkei überprüfen – in der EU wurden Wirtschaftssanktionen diskutiert. Es gibt hier durchaus Unterschiede, was die Positionen angeht – wie lassen sich diese erklären?

Die Unterschiede erklären sich, wie meistens, auch historisch. Vor allem aber hat Deutschland eine sehr große türkische oder türkisch-stämmige Bevölkerung im Land, das ist in Frankreich nicht der Fall. Dort kamen die Zuwanderer eher aus Algerien, ehemaligen französischen Territorien oder ehemaligen Kolonialgebieten, das ist eine andere Geschichte. Deshalb ist das Verhältnis zur Türkei aus deutscher Sicht auch immer ein Stück Innenpolitik. Eine gemeinsame Politik gegenüber der Türkei muss europäisch sein, und das ist ja heute auch schon der Fall, auch wenn in Deutschland die Aufmerksamkeit dafür deutlich größer ist.

Der Resolutionsentwurf fordert die Regierungen auf, „die positiven Maßnahmen des jeweiligen Partners im Bereich der Integration von Flüchtlingen (...) als Beispiel zu nehmen und die gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen sowie zur Koordinierung der Maßnahmen in der Migrationspolitik zu intensivieren“. Auch in dieser Frage bringen Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Erfahrungen mit – wie könnten konkrete und gemeinsame Herangehensweisen aussehen?

Der Versuch, im Bereich der Integration trotz aller Unterschiede voneinander zu lernen, ist bereits seit mehr als zehn Jahren in Gang. Und er hat punktuell durchaus Früchte getragen. Nach den Unruhen in einigen Banlieues hat man 2006 begonnen, die Integrationskonzepte und -erfahrungen in unseren beiden Ländern in einen Dialog zu bringen. Wir im Deutsch-Französischen Institut haben dazu, mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung, eine ganze Reihe von Kolloquien organisiert und festgestellt, dass dieser Austausch wirklich sinnvoll ist, denn trotz aller historischen Unterschiede und verschiedener Politiken sind die Aufgaben, die sich konkret vor Ort stellen, letztlich sehr ähnlich. Diesen Weg sollte man weitergehen und auf die Frage der Fluchtursachenbekämpfung und besseren Abstimmung der Flüchtlingspolitik ausweiten. Notwendig wären heute Maßnahmen von der Zusammenarbeit bei



*Prof. Dr. Frank Baasner,
Direktor des Deutsch-
Französischen Instituts*

© dfi

der Gefahrenabwehr über Aufklärungsarbeit bis zu vielfältigen Integrationsaufgaben im Bildungssystem, im Arbeitsmarkt, in der Aus- und Weiterbildung. Hier hätte der neue deutsch-französische Integrationsrat, von dem man leider wenig hört, wirklich eine Aufgabe.

Beide Länder sind im Moment mit einem zunehmenden Antisemitismus konfrontiert. Wie können sie ihn gemeinsam bekämpfen?

Antisemitismus ist leider kein neues Phänomen. Aber natürlich müssen die Europäer, und allen voran Deutschland, sehr sensibel und klar reagieren, wenn es zu antisemitischen Handlungen oder auch nur Drohungen kommt. Der öffentlichen Debatte kommt dabei eine große Bedeutung zu. Und zwar nicht nur in dem Sinne, dass man empört reagiert und sich auf die Seite der „Guten“ stellt, sondern die öffentliche Debatte muss versuchen, wieder zur Dialogfähigkeit zurück zu finden. Das kann durch TV-Debatten geschehen, aber auch durch gezielte Arbeit in Schulen und allen Bildungseinrichtungen. Bei diesen Strategien könnte man sich zwischen Deutschen und Franzosen austauschen und koordinieren.

Welche anderen komplexen außenpolitischen Fragen verlangen aus Ihrer Sicht danach, dass sich Deutschland und Frankreich damit beschäftigen?

Es wäre schön, wenn in der gemeinsamen auswärtigen Kulturpolitik und auch in der Entwicklungszusammenarbeit mehr gemeinsam gemacht würde. Ansätze gibt es schon, aber hier kann man viel weitergehen. Wenn wir immer von europäischen Werten reden und behaupten, diese zu teilen, dann sollte auswärtige Kulturpolitik europäisch werden – und gerne am Anfang deutsch-französisch.

Das Iran-Abkommen wie die Frage der Ost-Ukraine sind eher geostrategische Fragen, die man mit Kulturpolitik zumindest kurzfristig nicht beeinflussen kann – langfristig schon eher. In diesen ganz großen Fragen der globalen Politik sollte man versuchen, eine gemeinsame geostrategische Vision zu entwickeln – mir ist bewusst, wie utopisch das klingen muss, aber trotzdem wäre genau das heute erforderlich. Mit dem gemüthlichen „weiter so“ unter dem Schutzschirm der NATO und einer dem Weltmarkt verschriebenen Welt ist es vermutlich so langsam vorbei. Deutschland wird damit vielleicht mehr Schwierigkeiten haben als Frankreich, wo geostrategisches Denken nie verpönt war. Sicher bleibt eines: die EU-Mitgliedstaaten jeder für sich alleine können wenig bewirken, auch das wirtschaftlich mächtige Deutschland nicht.